

Wir brauchen eine Gesellschaft, die sich zu ihren Gefängnissen bekennt

Interview der Dresdner Gefangenenzeitung „Der Riegel“ mit Ministerialdirigent Dr. Harald Preusker, vom 1. Mai 1994 bis zum 30. Juni 2008 Leiter der Abteilung Justizvollzug im Justizministerium des Freistaats Sachsen

(Das Interview wurde vom Mitglied der Außenredaktion Prof. Ulfrid Kleinert am 20. Mai 2008 im Justizministerium geführt)

Wie lange waren sie im Dienst?

Ich habe am 1. Mai 1994 begonnen, war also über 14 Jahre hier.

Wenn Sie zurückblicken, was ist Ihnen in diesen Jahren hier gelungen?

Ich glaube, es ist mir und meinen Mitarbeitern gelungen, den Strafvollzug auf das Niveau zu bringen, das nicht nur die anderen neuen Länder, sondern auch die alten Länder haben.

Können Sie das mal konkret sagen: was ist ihnen gelungen im Blick auf einen Strafvollzug, wie er sein sollte?

Beginnen will ich mit der Sicherheit. Wir hatten bis 1994 das Problem, dass die Gefangenen scharenweise weggelaufen sind, so dass wir erst das total marode DDR-Sicherheitsystem verbessern mussten. Das ist uns relativ schnell gelungen. Heute sind Ausbrüche eine absolute Seltenheit.

Das ist höchstens eine Voraussetzung für gute Resozialisierungsarbeit. Wo und wie ist nun gute Arbeit möglich?

Ja, gute Arbeit ist nur möglich, wenn sie gutes Personal haben. Der Dreh- und Angelpunkt war für mich immer, mit dem Personal zu arbeiten - erst mit dem Personal, dann mit den Gefangenen. Das ist ein Prinzip, das nicht von allen meinen Kollegen geteilt wird, aber

ich habe damit immer gute Erfahrungen gemacht. Man kann nur einen guten Vollzug machen mit guten Bediensteten. Die Konzepte können noch so gut sein, sie taugen nichts, wenn sie nicht von engagierten, kompetenten Mitarbeitern umgesetzt werden.

Was haben Sie gemacht, damit es gutes Personal gibt - in welchen Bereichen?

Um ein Projekt herauszugreifen: die Fachlehrgänge für gute Mitarbeiter des AVD (Allgemeiner Vollzugsdienst), eine sehr aufwändige Fortbildung von wenigen, aber eben den besten. Wir fangen jetzt den 4. Kurs an mit jeweils 15 Leuten. Die diesen Förderkurs absolviert haben, sind ein Rückgrat des AVD geworden. Sie waren relativ schnell Vorbilder, und haben auch Führungspositionen im mittleren Management bekommen. Das ist eine Erfolgsgeschichte, die in anderen Ländern nachgemacht worden ist - ein sächsisches Markenzeichen.

Ist der AVD für Sie die wichtigste Personalgruppe im Gefängnis?

Absolut. AVD ist das A und O. Sie sind an den Gefangenen dran. Sie riechen sie, sie erleben sie auch in ungewöhnlichen Situationen. Sie sind die, die morgens die Tür aufmachen und abends zu. Sie spüren die Emotionen, die Aufregungen, manchmal auch den Hass, aber vielleicht auch gelegentlich das Bedürfnis nach Kommunikation, nach Zuwendung. Also die sind wirklich ganz oben auf der Liste der bedeutsamen Mitarbeiter.

Nun habe ich aber den Eindruck, dass es da sehr unterschiedliches Personal ist: da gibt es sehr gute Männer und Frauen, die diese Arbeit machen, aber auch andere, die überfordert sind oder die von früheren Haltungen her auch andere Einstellungen gegenüber den Insassen der Gefängnisse haben.

Das ist richtig. Das ist eine Last, die wir übernommen haben. Bedienstete, die die Umstellung auf neue Strafvollzugskonzeptionen nicht - oder nicht so schnell - nachvollzogen haben, die zum Teil sich auch zurückgezogen haben, weil das Neue ihnen etwas zu neu

war. Aber das ist weitgehend überwunden. Die Konsolidierungsphase ist abgeschlossen. Ich weiß aus meinen früheren Tätigkeiten, dass auch in so stabilen Vollzugswelten wie in Baden-Württemberg immer einen Teil von Bediensteten gibt, die nicht mitmachen, die andere Ideen haben, die aus anderen Gründen vielleicht auch frustriert sind. Das hat man überall. Allerdings darf man das nicht treiben lassen. Man muss versuchen, auch die mitzunehmen. Da bin ich auch knallhart: diese Leute werden genauso bezahlt wie die fleißigen, und wir haben einen Anspruch darauf, dass sie auch ordentliche Arbeit leisten.

Einen neues Problem scheint auf die Anstalten zuzukommen: die Personalreduzierung. Gerade da, wo man auf Resozialisierung Wert legt, wo auch der AVD eingebunden ist, findet eine Überforderung statt, wenn Personal so reduziert wird, dass man so viel mit den Gefangenen gar nicht mehr verstehend arbeiten kann.

Die Personalreduzierung ist sicher ein Problem. Aber man muss das im Kontext der gesamten Entwicklung sehen. Wir haben deutlich weniger Gefangene als noch vor fünf Jahren und das Personal nicht in gleichem Maß reduziert. Unser Personalschlüssel liegt etwa in der Mitte aller Bundesländer, was den AVD angeht. Ich sehe die Überforderung eher in einem anderen Bereich. Einmal ist es die Bürokratie, die auch den AVD trifft mit den vielen Dokumentationen, Schreiben von Stellungnahmen usw. Das ist sicher ein Problem, zumal das auch einige - nicht wenige! - nicht besonders gern machen. Und es wird noch nicht hinreichend Aufgabenkritik geübt. Wir müssen uns überlegen, was wir tun, wenn wir einen Gefangenen zum Arbeitsamt führen: ob das so geht oder ob man nicht andere Formen findet, z.B. dass man mit dem Arbeitsamt redet und deren Mitarbeiter in die Anstalt reinkommt. So kann ich viele Aufgaben aufzählen, bei denen zumindest zu prüfen ist, ob man sie in dieser Form weiter ausführen muss.

Wie sieht es mit dem Sozialdienst und den anderen Fachdiensten aus. Braucht der AVD nicht die Fachdienste, um gut arbeiten zu können?

Ja klar, alle die in einer Justizvollzugsanstalt arbeiten, sind wichtig und alle sind auf die anderen angewiesen. Da kann niemand nur sein Süppchen kochen. Wer das tut, spielt falsch. Der Sozialdienst hat traditionell eher Probleme im Vollzug, weil es ganz früher so etwas noch nicht gab und der AVD sich manchmal von dem so schlaunen und klugen Sozialdienst ein bisschen überfahren fühlt. Aber ich glaube, die Sozialarbeiter und die Bediensteten des AVD haben kapiert, dass es überhaupt keinen Sinn macht, da Trennlinien aufzubauen, sondern die Zusammenarbeit ist aus Sicherheitsgründen wichtig, damit jeder weiß, was der andere tut, und auch um das, was man Resozialisierungsarbeit nennt, voranzutreiben. Dafür braucht man beides. Ich sage noch mal: wir können nur zusammen mit AVD und Fachdiensten die Idee von der Resozialisierung umsetzen. Das kann keiner allein. Einzelkämpfer können wir überhaupt nicht gebrauchen.

Wir haben den Schwerpunkt des Gessprächs bisher auf das gelegt, was gelungen ist. Gibt es auch Bereiche, wo Sie Schwierigkeiten gehabt hatten, wo Sie etwas nicht erreicht haben, was Sie gerne hätten erreichen wollen?

Ja, das ist eine Idee von mir, dass wir auch die Mitarbeiter der Verwaltung dazu bringen, Gefangene zu betreuen. „Betreuungsbedienstete“ war das Stichwort. Alle Mitarbeiter sollen neben ihrem normalen Job irgendwo auf einem anderen (Gebäude-)Flügel einen Gefangenen betreuen. Das hätte viele Vorteile. Man sieht mal, wie es die anderen auf dem Flügel machen. Und es ist nicht mehr einfach so: da sitzt die Verwaltung, da kommt man nie rein, die kennt man nicht. Nein, ich wollte die dazu bringen, auch ein Stück Vollzugsarbeit zu machen. Das ist nicht völlig gescheitert, aber doch zum größten Teil. Ich hoffe, dass mein Nachfolger das noch mal aufgreift. Ich halte das für wichtig, um das Ganze zusammenzuhalten, damit

niemand in der Anstalt arbeitet, der überhaupt keine Kenntnis davon hat, was da drinnen passiert.

Sie ziehen in diesen Tagen Bilanz, wenn man Abschied nimmt. Was hätten Sie denn aus heutiger Sicht gern anders gemacht in ihren 14 Dresdner Jahren?

Mir fällt auf Anhieb nicht viel ein, was ich anders gemacht hätte. Die Prioritäten hätte man auch anders setzen können, als ich es gemacht habe. Zuerst die Sicherheit - es ist nicht zwingend, es so zu machen. Unter dem Strich hat es sich als richtig erwiesen. Die Landschaft unserer Gefängnisse, das Schließen der Anstalten von Plauen und Stolberg, das waren Entscheidungen, die ich im Nachhinein für richtig halte, obwohl wir das damals hart diskutiert haben. Jetzt, nachdem wir wenig Gefangene haben, gewinnt es noch mal einen Sinn, die kleineren Anstalten aufzugeben. Auch die Entscheidung Regis ...

Auch die Standortentscheidung?

Die Standortentscheidung war natürlich auch eine politische Entscheidung. Es ist eine infrastrukturell schwache Gegend, dort war aber auch vorher schon eine Jugendanstalt. Die DDR hat das auch genutzt als Gefängnis. Wir hatten mit den Kommunen überhaupt keine großen Probleme.

Das neue Jugendstrafvollzugsgesetz von Sachsen kann sich im großen Ganzen ja durchaus sehen lassen. Wenn man es schon bei der Planung der Jugendstrafanstalt Regis-Breitungen gekannt hätte, müsste dann der Baukörper nicht ganz anders aussehen?

Die Bauleute und wir alle bei der Einweihung waren darauf stolz.

So meinen also, das stimmt so?

Es ist jedenfalls nicht so, dass man sagen kann, es sei für eine Jugendstrafanstalt nicht tauglich. Dass man genügend Differenzierungsmöglichkeiten hat, darauf kommt es beim Bau an. Mit den vielen Häusern lässt sich diese Differenzierung ganz gut organisieren. Wenn die Anstalt voll belegt ist, merkt man: in Details gibt es immer noch was zu verbessern, das war in Dresden auch.

Alle hier haben sich viel Mühe gemacht.

Wir haben in Sachsen das Glück, dass es in der Leitung der Abteilung Justizvollzug anders als bei den Ministern, die immer wieder gewechselt haben, Kontinuität durch Sie gegeben hat. Gibt es für Sie Bereiche, für die Sie sich wünschten, dass die, die als Fachleute für den Justizvollzug verantwortlich sind, politisch mehr Handlungsmöglichkeiten hätten?

Es ist in einem Ministerium klar getrennt, was politische Aufgaben und Gegenstände sind und was Facharbeit ist. Ich sehe mich als Facharbeiter.

... aber mit politischen Interessen...

... mit politischen Interessen und auch als Berater des Ministers und der Staatssekretärin. Politikberatung ist eine der wichtigsten Aufgaben, die ein Abteilungsleiter hat. Es bleibt dann dem Minister natürlich überlassen, davon Gebrauch zu machen oder nicht. Jedenfalls gehört das zu den wichtigsten Aufgaben und dann die Dienst- und Fachaufsicht über den gesamten Vollzug.

Nun sind Sie bald freigestellt von den alltäglichen Pflichten und können auch mal phantasieren. Wenn Sie aus Ihrer Sicht etwas ändern könnten im Strafrecht, im Strafvollzugsrecht oder konkret im Strafvollzug in Sachsen oder in der Resozialisierungsarbeit in den Anstalten, gibt es da Sachen, von denen Sie sagen würden: da könnte ich mir vorstellen, das in Zukunft anders zu handhaben, da könnte etwas verbessert werden...?

Was mir ein Anliegen wäre, ist die stärkere Verzahnung zwischen Gefängnissen und den Kommunen oder überhaupt der Gesellschaft draußen außerhalb der Gefängnisse. Ich bin immer noch der Meinung, dass die Gefängnisse noch zu sehr tabuisiert sind, dass die Bürgerinnen und Bürger zu wenig wissen und damit auch immer wieder törichten Berichten und Behauptungen aufsitzen. Das behindert unsere Arbeit enorm. Beispielsweise das Schlagwort „der Vollzug taugt nichts, er ist zu teuer, er ist zu lasch“ usw. Solche Sachen sagen manchmal auch Politiker und hochrangige Mitglieder unserer

Gesellschaft. Das ist Gift für uns. Wir brauchen eine Gesellschaft, die sich zu ihren Gefängnissen bekennt. Denn die Gefangenen fallen nicht vom Himmel. Das sind Menschen, die in gesellschaftlichen Beziehungen leben. Sie haben Eltern, haben Kinder. Und sie kommen auch alle wieder. Deshalb ist das Törichteste, das wir machen können, einen schlechten Vollzug. Wir müssen schon aus Eigennutz den Vollzug noch viel effizienter machen. Wir haben 75 Prozent Rückfallquote nach stationären Jugendstrafvollzug, und über 50 Prozent im Erwachsenenstrafvollzug. Das sind Zahlen, hinter denen steckt zu wenig politischer Wille und zu wenig Einsicht in die Sinnhaftigkeit eines anderen Strafvollzugs. Bei Jugendlichen lässt sich noch sehr viel mehr machen ... Mit der neuen Anstalt Regis-Breitungen, mit dem neuen Jugendstrafvollzugsgesetz und mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Rücken sind wir angetreten, dass wir jetzt doch Ernst machen mit der Resozialisierung. Wir evaluieren. Wir wollen es wissen, ob das wirklich Resozialisierung ist, wenn einer Geige spielt und einen Geigenkurs macht. Wird er dann ein anständiger Mensch? Das wollen wir wissen. Und wir wollen wissen, ob Sport und dies und jenes, ob das tatsächlich wirkt. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Reduzierung der Rückfallquote.

Eine Evaluation könnte aber ergeben, dass überhaupt das Wegsperrn gar nicht der richtige Weg ist. Wenn Sie an den großen Rechtslehrer Gustav Radbruch denken, der sagt, dass 95 Prozent derer, die im Gefängnis sitzen, da gar nicht rein gehörten. Gerade wenn es um die Sicherung und Zukunft der Gesellschaft geht, kann es sinnvoll sein, sehr viel weniger zu inhaftieren und mehr auf offenen Vollzug zu setzen.

Genau. So lange ich im Vollzug war - ich war ja auch eine Zeit lang Richter -, war mein Anliegen immer, zunächst prüfen, ob wir nicht ganz auf Haft verzichten können. Das habe ich auch als Strafrichter immer geprüft. Denn das Einsperren ist hoch gefährlich. Wir wissen von Franz von Liszt den Spruch: wenn ein Jugendlicher eine Straftat begeht und man lässt ihn

laufen, besteht eine höhere Gewissheit, dass er sich anständig verhält, als wenn man ihn einsperrt. Das war 1905. Also: wir wissen alles schon, wir setzen es nur nicht um. Dahinter steckt eine Menschheitskonstante: dass man Rache will, einen Gegenschlag ... Wir sind kulturell noch nicht so weit, dass wir auf Rache verzichten können.

Was können wir denn tun, damit das, was Sie interessiert, nämlich dass eine andere Öffentlichkeit entsteht, dass Gesellschaft anders teilhat an den Problemen, was muss passieren, was kann verbessert werden?

Ganz einfache Dinge. Wir haben einen einzigen Lehrstuhl in Deutschland - wir hatten vor 20 Jahren drei oder vier -, der sich mit Strafvollzug beschäftigt. Wir haben Kriminologen ohne Ende, aber Professoren, die sich tatsächlich mit Strafvollzug beschäftigen, haben wir nur einen an der Universität Greifswald, und der macht nur Statistik. Uns fehlt eine Strafvollzugswissenschaft in Deutschland. Ich habe hier an der Dresdner TU in Vorlesungen und Seminaren die Jurastudenten mit diesem Gebiet vertraut zu machen. Es gibt nur an wenigen Universitäten und Fachhochschulen den Strafvollzug als Fachgebiet und wenn überhaupt, dann als nicht prüfungsrelevant. Das muss aufgewertet werden. Man muss auch sehen, wieviel Geld dahintersteckt: wir geben Milliarden aus, weil wir hier (Lehrstühle) einsparen.

Aber Strafvollzugswissenschaft setzt doch schon Strafe als sinnvoll und nötig voraus. Muss man nicht schon früher anfangen und neutraler von Justizvollzugswissenschaft reden?

Ja, klar. Strafvollzug meint ja auch mehr. Da kommt die Untersuchungshaft dazu, die eine ganz andere rechtliche Basis hat und ganz anders organisiert werden müsste. Denn der Untersuchungsgefangene gilt als unschuldig, wir behandeln ihn aber eher schlechter als den Strafgefangenen, der schuldig gesprochen wurde.

Wir haben aber noch einen Gegner im Nacken. Das sind die Massenmedien, die uns das Leben schwer machen, weil sie alte Vorstellungen und Mythen zelebrieren. Da wird von Monstern gesprochen und von Schweinen. Da werden die Kriminellen auf die unterste Stufe gedrückt. Und wenn man so mit den Leuten medial umgeht, dann betrifft das nicht nur einzelne Personen, sondern das ganze Klima gegenüber den Straftätern und Strafgefangenen. Der Umgang mit den Kriminellen wird dadurch rauher, mitleidloser und für uns immer schwieriger. Ich habe den Kampf mit den Medien geführt, solange ich im Vollzug war, mit den regionalen Zeitungen genauso wie mit den großen. Aber das Runklopfen auf den Medien - das habe ich auch gelernt - bringt nichts. Es ist eher so, dass die Leser der Medien das Problem sind. Die Boulevardzeitung würde überhaupt nichts über den Strafvollzug bringen, wenn niemand das lesen würde. Und Zeitschriften und Filme voller Gewalt würde es nicht geben, wenn die Leute sie nicht konsumieren. Die Medien verkaufen, was sie verkaufen können. Und damit schließt sich der Kreis: man brauchte mehr Bildung und mehr Wissen, um in diesem gesellschaftlichen Bereich angemessener agieren zu können.

Sie haben in Ihrer Amtszeit auch die Arbeit der Ehrenamtlichen zu fördern versucht. Zum ersten: Was hätte hier noch besser sein können? Und zum Zweiten: Was hat die Arbeit der Ehrenamtlichen mit Resozialisierung zu tun und mit dem, was Sie vorhin thematisiert haben, nämlich mit Veränderung der Gesellschaft?

Das passt genau zu dem, was ich gerade sagte. Wenn Bürger, die sonst nichts mit Justiz zu tun haben, die aus ganz anderen Zusammenhängen kommen, die Soziologen sind oder Arbeiter oder was weiß ich, wenn die sich bereit finden, in einem Gefängnis oder auch in der Bewährungshilfe sich mit Kriminellen zu beschäftigen, ihnen an der Seite zu stehen oder auch Gruppen von Gefangenen zu betreuen, dann ist das ein Schritt zur Vergesellschaftung des Strafvollzugs und ein Schritt weg von der Isolation und der Tabuisierung dieses

Bereichs. Je mehr wir davon haben, die dann auch in ihren Zusammenhängen - zu Hause, in der Familie, im Verein, wo sie arbeiten - erzählen, was wirklich wahr ist, weil sie es ja wissen, dann ist dieser Aspekt sogar für mich wichtiger als die Einzelbetreuung der Gefangenen. Mir ist die gesellschaftliche Funktion der Ehrenamtlichen deutlich wichtiger - auch wenn das andere anders sehen. Mir ist wichtig, was die mit rausnehmen an Informationen und was sie dazu beitragen können, die Realität Gefängnisses deutlich zu machen.

Kann man da in Zukunft noch mehr machen an Förderung der Ehrenamtlichen?

Ja, auf jeden Fall, weil wir diesen Bereich gar nicht wirklich beackern. Wir sagen denen gar nicht, wie wichtig es ist, denen draußen zu sagen, wie es hier drinnen ist. Der gesellschaftliche Aspekt kommt viel zu kurz. Das mag auch daran liegen, dass wir deutlich zu wenig Ehrenamtliche haben, und dass wir auch Ehrenamtliche haben, die das gar nicht können.

Umso wichtiger ist, dass die Ehrenamtlichen eine fachliche Begleitung haben, Fortbildungen machen können, und dass dafür von Seiten des Ministeriums entsprechende - auch finanzielle - Unterstützung verlässlich kommt.

Klar. Der Minister hat sich auch dafür interessiert und will an einer solchen Veranstaltung teilnehmen, für die ich gerade ein Konzept entwerfe. Die Wichtigkeit dieser Dinge ist im Ministerium erkannt, und wir haben dafür - wenn auch noch sehr geringe - Mittel vorgesehen.

Wichtig ist dabei auch die verlässliche Finanzierung von Supervision und Fortbildung, die nicht von Jahr zu Jahr neu zur Disposition steht.

Ja, es wird da um jeden Euro gestritten. Vielleicht kommt man da auch mal zu einem eigenen (Haushalts-)Titel, damit nicht jedes Jahr Leute neu entscheiden und abwägen müssen. Das ist sicher richtig und erstrebenswert.

Wir kommen jetzt zu Detailfragen, die mir die Gefangenen aus der Innenredaktion mitgegeben haben für dieses Interview.

1. Wie sehen Sie die Pflicht der Anstaltsleiter zu Sprechstunden mit Gefangenen, damit diese zum Beispiel bei Konflikten mit Abteilungsleitern den Anstaltsleiter quasi als Appellationsinstanz sprechen können?

Der Gesetzgeber sieht dieses Gespräch vor. In großen Anstalten kann der Anstaltsleiter das delegieren. Ich selbst aber würde als Anstaltsleiter schon aus Eigennutz diese Regelung nutzen, habe aber auch Verständnis dafür, dass Anstaltsleiter andere Prioritäten setzen. Wenn die Gefangenen mit den Abteilungsleitern nicht klar kommen, müssen sie sich dann eben an die Strafvollstreckungskammer wenden. Das ist keine Zurückweisung der Gefangenen, die Gesprächsmöglichkeit mit dem Anstaltsleiter ist eine Vorinstanz ohne wirklich rechtliche Qualität.

Es ist also keine Dienstpflichtverletzung, wenn der Anstaltsleiter zu solchen Gesprächen nicht bereit ist?

Nein. Aber es gibt hier sicher Abteilungsleiter, die noch viel dazu lernen müssen. Dass das passiert, ist auch Sache des Anstaltsleiters. Der Dreh- und Angelpunkt ist nach unseren Strafvollzugsstrukturen der Anstaltsleiter. Ich sage es im Übrigen immer wieder den Anstaltsleitern, dass es wichtig ist, in die Anstalt zu gehen, mit den Gefangenen zu sprechen und selbst Sprechstunden zu machen.

2. Sie haben regelmäßig Gespräche mit Ihren Kollegen in anderen Bundesländern. Gibt es da auch manchmal Verfahren zu Dienstpflichtverletzungen von Anstaltsleitern?

Ja, aber sehr selten.

Das geht dann vom Ministerium aus?

Ja.

3. Welche Befugnisse hat ein Anstaltsleiter im Blick auf die Installation eines neuen Telefonsystems? Kann das ein Anstaltsleiter allein entscheiden? Muss er jemanden

konsultieren? Muss jemand aus dem Ministerium gegenzeichnen? Muss man Kostenvoranschläge einholen?

Nach dem Gesetz trägt der Anstaltsleiter die gesamte Verantwortung für die Anstalt. Er kann im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten wirtschaften. Das ist allerdings ziemlich kontrolliert, weil wir noch die Titelwirtschaft haben, kein Budget. Der Anstaltsleiter bekäme nur Schwierigkeiten, wenn uns im Ministerium auffiele, dass er viel zu teuer oder etwas Untaugliches eingekauft hätte. Das kann dann auch zu Regressforderungen kommen. Aber jetzt ist hier in der JVA Dresden ein System gewählt worden, das ausgereift ist, das in vielen Anstalten Sachsens und auch in anderen Bundesländern verwendet wird. Wir haben das Angebot der Telefongesellschaft noch einmal geprüft und festgestellt: es ist nicht schlecht.

In der JVA Bautzen scheint es aber eine für die Gefangenen günstigere Regelung zu geben.

Alles zusammen gerechnet ist das Angebot für die JVA Dresden ein anständiges Angebot.

Vielleicht hätte man aber vorher noch mal andere konsultieren und auch mit der GMV (Gefangenenmitverantwortung) sprechen sollen?

Ja, man hat andere konsultiert, hätte aber alles vorher kommunizieren und auch die Vorteile, die jetzt bestehen, aufzeigen sollen.

4. Es kommen nicht selten Mitarbeiter des Justizministeriums in die Anstalten. Gibt es die Möglichkeit, dass sie auch von Gefangenen angesprochen werden können?

Ja, wir haben auch als Mitarbeiter des Justizministeriums eine Vorschrift: wenn wir in eine Anstalt kommen, sollen Gefangene mit uns sprechen können. Ich halte das aber für Unsinn. Sie erfahren dann im September ein Problem, das ein Gefangener im Mai hatte. Ich werde niemals vor Ort etwas entscheiden, sondern dem Anstaltsleiter berichten – und da kann der Gefangene gleich mit dem Anstaltsleiter sprechen. Da ist eine Instanz einbezogen, die völlig überflüssig ist, wenn man das Rechtsbeschwerdesystem im Justizvollzug sieht.

Wir haben die Petitionen, die Strafvollstreckungskammer, den Europäischen Gerichtshof – ein vollständiges, lückenloses System, das sich der Gefangene zunutze machen kann. Gespräche mit Leuten aus dem Ministerium sind hier in der Sache nicht weiterführend. Die Gefangenen müssen sich auch daran gewöhnen, dass ihre Ansprechpartner in der Anstalt sind. Wenn sie mit denen nicht klarkommen, dann sollen sie die Rechtsmittel wählen, das ist nichts Unanständiges, sondern steht ihnen zu. Wir haben überhaupt nichts dagegen, dass Gefangene sich beschweren.

5. Welche Kontrolle und Kriterien gibt es für den Umgang mit Haushaltsmitteln durch die JVA?

Der Abfluss der Mittel wird ständig kontrolliert. Wir haben Spezialisten in den Prüfgruppen, den Referatsleiter Haushalt. Kriterien sind Sparsamkeit und nach dem Bundesverfassungsgericht auch die inhaltliche Prüfung daraufhin, ob sie die Anstalt so organisieren, dass sie resozialisierende Wirkung haben. Deshalb müssen hinreichende Einrichtungen für die Beschäftigung, für die Arbeit, die Ausbildung vorhanden sein, das sind klare inhaltliche Vorgaben.

6. Zum Schluss noch die Frage nach der Situation der Frauen in der JVA Dresden. Gibt es eine Zukunft für sie in Dresden?

Die weiblichen Strafgefangenen haben keine Zukunft in Dresden. Hier wird für Frauen nur eine Untersuchungshaftanstalt bleiben, weil wir die Frauen sonst ständig von Chemnitz nach Dresden transportieren müssten.

Herr Preusker, ich danke Ihnen im Namen der Riegel-Redaktion für dieses Gespräch und für Ihr hartnäckiges berufliches Engagement für einen menschenwürdigen Strafvollzug.